

Uni kostet die Landschaft zu viel

Das Baselbiet hält am Universitätsvertrag fest – dafür ergeht aber eine Kampfansage an Basel-Stadt.

Andreas Schwald

Nein, Baselland kündigt den Universitätsvertrag mit Basel-Stadt nicht. Zumindest nicht auf Basis des Vorstosses der SVP-Fraktion. Die ursprünglich als Motion formulierte Forderung, dass Baselland den Univertrag kündigen soll, um ihn neu auszuhandeln, kam auch als Postulat und mit abgeschwächter Forderung im Landrat nicht durch. Mit nur 28 Ja- zu 52 Nein-Stimmen und bei einer Enthaltung, schickte der Landrat das Anliegen am Donnerstag bachab. Doch: Gleichzeitig zeigte das Parlament viel Kampfeswillen, bessere Bedingungen für den Landkanton auszuhandeln.

Der Grund ist einfach: Dem Baselbiet geht das Geld aus. Oder wie es Finanzdirektor Anton Lauber im Rahmen der Debatte formulierte: «Entweder man hat das Geld, oder man hat es nicht.» Habe man es nicht – was sich in den kommenden Jahren verschärft abzeichnet –, nützt auch aller gute Wille nichts. Dem stimmten fast alle Fraktionen in der einen oder anderen Form zu. Einzig die SP hielt wacker die Fahne der paritätischen Universitätsfinanzierung hoch, die vorsieht, dass Baselland praktisch gleich viel an die Uni zahlt wie Basel-Stadt.

Das schwächste Glied schwächt auch den Rest

Entscheidend sei zudem, dass allgemein die Kosten stiegen – und zwar in mehreren Bereichen der Staatsfinanzierung, inklusive der Sozial- und Gesundheitskosten, sagte Lauber auch mit Verweis auf die Prämieninitiative der SP, über die am 9. Juni abgestimmt wird. Es gehe nicht darum, die Uni tot zu sparen, sagte Lauber, und es gehe genauso wenig darum, ob man eine Uni wolle oder nicht.

«Es geht um die Frage: Wie finanzieren wir sie. Wenn sich die Uni nach dem schwächsten Glied orientieren muss, ist das für die Entwicklung der Uni auch nicht das Beste», sagte Lauber in Anlehnung an ein vo-



Die Staatsbeiträge der beiden Basel werden Rektorin Schenker-Wicki noch beschäftigen. Bild: R. Schmid

rangegangenes Votum von FDP-Fraktionspräsident Andreas Dürr. Und das Baselbiet sei hierbei nun mal klar der schwächere Partner.

Die SVP-Fraktion gab sich Mühe, das Anliegen mehrheits-

fähig zu machen, scheiterte aber gleichwohl – trotz der Umformulierung, dass eine Kündigung nicht mehr Pflicht, sondern eine Ultima Ratio, also die letzte Möglichkeit im Verhandlungspoker, darstellen soll. Fraktions-

präsident Reto Tschudin bat konzilient, aber nicht weniger entschieden, um breite Unterstützung.

Ziel des Anliegens hätte sein sollen, mit der Kündigung des Univertrags über 100 Mil-

lionen Franken einzusparen, wie SVP-Fraktionspräsident Tschudin im einleitenden Votum sagte – Geld, das der Kanton dringend benötigt. Zudem wollte die SVP die Verhandlungsstrategie der Regierung vors Parlament und damit an die Öffentlichkeit bringen. SVP-Landrat Peter Riebli sagte denn auch offen, dass man der Regierung in dieser Sache zwar vertraue, aber nicht blind.

Die Verhandlungen müssen hart geführt werden

Sehr deutlich äusserten sich auch die Grünen zur Lage. Vor allem die Landräte Fredy Dinkel und Marco Agostini mischten aktiv in der Debatte mit. Beide wollten zwar von einer Kündigung des Univertrags nichts wissen, befürworteten aber eine scharfe Debatte und eine harte Kante bei den Verhandlungen zwischen den beiden Kantonen. «Es ist richtig, dass wir Sparpotenzial prüfen und schauen, wo wir am Vertrag etwas ändern können – aber auch, dass wir das differenziert tun», sagte Dinkel. Das bringe weit mehr als eine vorsorgliche Kündigung. «Klar ist aber: Man muss daran arbeiten.»

Die Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind freute sich, dass die Leistungen der Universität Basel breit anerkannt wurden. «Unbestritten ist aber, dass ein grosser Handlungsbedarf besteht», sagte sie. Allein die Verhandlungen zur Leistungsperiode 2026 bis 2029 seien eine grosse Herausforderung.

Sie sei aber zuversichtlich, dass die Uni mit angesparten Reserven von über 400 Millionen Franken unter Einsatz des Eigenkapitals gut über die Runden käme. Die Verhandlungen für die Periode ab 2030 bilden allerdings eine weitere Herausforderung. «Wir setzen auf eine gute Partnerschaft und darauf, dass wir gemeinsam als gleichberechtigte Partner den Weg gehen, der vor uns liegt», sagte Gschwind.